

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juni 2012

Nr. 06 · 8. Jahrgang

Links informiert

3 Schwimmhalle nach Wunsch/Wählen mit „16“

Potsdam-West/Ortsteile

6–8 OV hat gewählt/„SPAN“ und „Platte“/O-Bus nach Golm

Antifa

10 „Der Schoß ist fruchtbar noch...“/Tag des antifaschistischen Films

Eindeutiges Votum für Brauhausberg

„Die hohe Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer an der Bürgerbefragung zur Schwimmbadversorgung ist ein großartiger Erfolg, der zugleich eindrucksvoll den Anspruch auf eine intensivere Bürgerbeteiligung bei wichtigen Entscheidungen aufzeigt“, erklärte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Die Bürgerbefragung fand sehr spät statt. Vorher lehnten der Oberbürgermeister und die Fraktionen der Rathauskooperation zwei Anträge der LINKEN zur Durchführung einer solchen Befragung ab, womit die Bürger faktisch von der Entscheidung über den Standort und die Art des künftigen Bades ausgeschlossen wurden. Erst im Ergebnis des großen Engagements der BI Pro Brauhausberg und des hartnäckigen Widerstandes der LINKEN konnte ein Umdenken erreicht werden.

Mit dem klaren Bürgervotum für einen Badneubau am Brauhausberg wird die vom Oberbürgermeister und der Rathauskooperation aus SPD, CDU, Grünen und FDP über zwei Jahre vorangetriebene Vorbereitung für ein Bad im Bornstedter Feld korrigiert, da diese offensichtlich am Willen der Mehrheit der Bevölkerung vorbei ging. Damit wird ein langer und teurer Diskussionsprozess endlich zu einem basisdemokratisch getragenen Ergebnis geführt. DIE LINKE geht davon



Bei der Bürgerbefragung konnten sich erstmals die 16- und 17-Jährigen beteiligen. DIE LINKE begrüßt die Kampagne des Stadtjugendrings „Potsdam geht baden. Aber wo?“ zur Bürgerbefragung und dankt allen, die sich zwei Wochen lang engagiert haben.

aus, dass alle Fraktionen das Bürgervotum akzeptieren und im Juni die Entscheidung für die zügige Realisierung eines Badneubaus am traditionellen Standort Brauhausberg treffen. „Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen gegenüber dem von der Stadtverwaltung bevorzugten Standort sind nicht belegt. Es ist sichtbar geworden, dass die Rathauskooperation

in der Badfrage nicht die Interessen der Mehrheit der Potsdamerinnen und Potsdamer vertreten hat. Die erfolgreiche Bürgerbefragung sollte zum Anlass genommen werden, in der Stadtverordnetenversammlung wieder mehr nach Sachfragen als nach Kooperationsdisziplin zu entscheiden“, betonte Anita Tack.

Mehr: Seite 3



Potsdam-West für alle – gemeinsam streiten

Von Ronny Besançon, Mitglied des KV und OV-Vorsitzender Potsdam-West

Am 2. Juni 2012 fand in Potsdam wieder eine große Demonstration statt. Ein breites Bündnis aus unterschiedlichsten Vereinen rief unter dem Motto „Bezahlbare Wohnungen für alle: Mietenstopp jetzt!“ auf die Straße. Zwei Demonstrationzüge starteten in den beiden Stadtteilen Potsdams, die am stärksten von den enorm steigenden Mieten in der Stadt betroffen sind, Babelsberg und Potsdam-West. Die Demonstrationsteilnehmer forderten von der Rathauspitze, dieses Problem endlich richtig anzugehen und gegen den wildwuchernden Mietmarkt in Potsdam vorzugehen. Bisher gibt es nur zaghafte Ansätze, etwas zu verbessern. Die Verdrängung von Menschen aus bestimmten Stadtteilen ist längst Realität. Der Oberbürgermeister muss einen Masterplan vorlegen, wie man den Bevölkerungswandel in der Stadt für alle verträglich gestalten kann. Dieses Problem wird die politische Arbeit in Potsdam-West in den nächsten Jahren unter anderem bestimmen. Die Demo am 2. Juni hat gezeigt: Breite Bündnisse und Vernetzung wirken. DIE LINKE wird dafür als Partner in Potsdam-West zur Verfügung stehen.



Zeichen der Solidarität

Blockupy Frankfurt!, ein Bündnis aus zahlreichen Gruppen, rief zu europäischen Tagen des Protestes gegen das Krisenregime der Europäischen Union auf. Die Aktionstage fanden vom 16. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt/Main statt. Angekündigt war breit angelegter Widerstand gegen ein Krisenregime, das Millionen Menschen in vielen Ländern Europas in Not und Elend stürzt.

Der Protest sollte – trotz gerichtlicher Demoverbote – an seine Ausgangspunkte getragen werden: mitten ins Frankfurter Bankenviertel, dem Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) und vieler mächtiger deutscher Banken und Konzerne. Für die OrganisatorInnen waren die Aktionstage ein Zeichen der Solidarität mit allen Menschen und Bewegungen, die sich seit Monaten schon in Europa gegen die Angriffe auf ihr Leben und ihre Zukunft wehren. Mit dabei in Frankfurt waren auch LINKE aus Potsdam.

In eigener Sache:

Redaktionsschluss für unsere Juli-Ausgabe ist am 16. Juni 2012.

Die „PaS“ kann dann am 3. Juli 2012 in der Geschäftsstelle abgeholt werden.



Ab 14.00 Uhr lud am 1. Mai der Kreisvorstand ein, gemeinsam im Atrium in der Dortustraße 53 die neue Geschäftsstelle gebührend festlich zu eröffnen. Ihren Spaß hatten dabei nicht nur diese drei Herren: Sascha Krämer, Kreisvorsitzender, Alex Frehse, Schatzmeister und Detlef Janson, Kreisgeschäftsführer.

Für mehr Ehrlichkeit in der Politik

LINKS wirkt. Nachdem die SPD den Antrag der LINKEN im Bundestag abgelehnt und auf den „schnellen Euro“ geschaut hat, kommt plötzlich ein Umdenken. Prima. Aber warum nicht dort, wo Entscheidungen getroffen werden? Warum hat die SPD nicht den Antrag der LINKEN unterstützt, in dem es hieß: „II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die beabsichtigte Privatisierung der vom Bund gehaltenen Immobiliengesellschaft TLG IMMOBILIEN GmbH beziehungsweise ihres Wohnungsbestandes zu stoppen,
2. Modelle mit den Ländern und Kommunen zu entwickeln, um den Immobilienbestand der TLG IMMOBILIEN GmbH zu wirtschaftlich tragfähigen Konditionen in kommunales Eigentum zu überführen oder in eine bundeseigene Wohnungsge-

sellschaft umzuwandeln, die die Wohnungsbestände dauerhaft bewirtschaftet,

3. die Veräußerung der TLG-Immobilien an die Kommunen oder die Umwandlung in eine bundeseigene Wohnungsgesellschaft mit dauerhaft einzuhaltenden sozialen Kriterien und der Pflicht zum barrierefreien Umbau und zur energetischen Sanierung zu verbinden.“

Es ist unredlich, was Frau Wicklein und die SPD mit „ihrem“ Vorstoß nun machen. Im Bundestag, dort, wo sie es entscheiden können, stimmen sie gegen das Ansinnen, das sie dann kurze Zeit später als ihre Idee der Öffentlichkeit verkaufen. Wenn Frau Wicklein die Bewohner der 135 TLG-Wohnungen in Potsdam so am Herzen liegen, dann sollte sie dem Beispiel von Anita Tack folgen und der frisch gegründeten

Treuhandliegenschaftsgenossenschaft FAIRWOHNEN beitreten. Diese bietet bei dem Verfahren mit und vertritt genau die o. g. Forderungen.

Das Grundbedürfnis „Wohnen für die Menschen“ angemessen und bedarfsgerecht zu befriedigen wird allein über Marktmechanismen immer weniger gewährleistet. Der Weg in eine Genossenschaft ist aus Sicht der LINKEN zugleich der beste Weg, um zukünftig faire Wohn(neben)kosten für die Wohnungsnutzer zu erzielen. Ziel ist es, möglichst viele Genossenschaftsmitglieder, vor allem die Mieterinnen und Mieter der heutigen Treuhandwohnungen, auf breiter demokratischer Basis in die Gestaltung und Entwicklung des dann genossenschaftlichen Eigentums und in die Verantwortung dafür einzubeziehen.

Sascha Krämer & Anita Tack

www.linke-veranstaltungen.de

Im Zuge der Umsetzung des Parteireformprozesses, beschlossen beim letzten Landesparteitag, werden in den verschiedenen Kreisverbänden Maßnahmen zu deren Realisierung diskutiert. Einen Anteil der Reform stellt das Ziel, links denkende und fühlende Menschen, Initiativen und Institutionen bekannt zu machen und miteinander zu vernetzen. Weiter soll dies auch generationsübergreifend wirken, um möglichst „alle mitzunehmen“. Dass dieser Reformprozess nicht über Nacht realisierbar, sondern ein Vorhaben ist, welches Zeit und Raum zum Ausprobieren braucht, sollte dabei bedacht werden. Als eine Maßnahme zur Umsetzung der Reform startet der KV-Potsdam ein auf drei Jahre angelegtes Modellprojekt. Das Projekt ist eine offene Internetplattform, auf der verschiedene Initiativen und Men-

schen ihre Veranstaltungen gemeinsam und öffentlichkeitswirksam präsentieren können. Die Plattform ist ausdrücklich dafür gedacht, neben der Parteipräsenz im Internet, zusätzlich ein von der reinen Parteiarbeit unabhängiges Medium bereit zu stellen. Der Hinweis „Für die Inhalte der präsentierten Angebote und der Verlinkungen auf dieser Website ist der Ersteller selbst verantwortlich...“ wird deutlich unterstrichen. Natürlich können dort auch Parteiveranstaltungen präsentiert werden. Grundsätzlich gilt: Voraussetzung für das Erstellen von Angeboten auf dieser Seite ist die klare Distanzierung von: „... Personen, die neonazistischen Parteien oder Organisationen angehören, der Neonazi-Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische, homo-

phobie oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind...“

Die Website ging am 1.06.2012 online, ist unter www.linke-veranstaltungen.de zu erreichen und wird für die Nutzer_innen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Natürlich soll das Netzwerk auch mit Leben erfüllt werden. Dafür bitten wir alle, die Veranstaltungen planen und diese öffentlich präsentieren wollen, ein Bild (Flyer oder Foto) und den entsprechenden Ankündigungstext an: info@linke-veranstaltungen.de zu senden. Ihnen wird dann ein Formular für die Plattform bereitgestellt mit deren Hilfe sie selbstständig Veranstaltungen erstellen und verwalten können.

Matthias Lack, Kreisvorstand Potsdam

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, FfH (S. 1), 11 BS (S. 7)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Schwimmhalle nach Wunsch

Interviewt: Sascha Krämer, Vorsitzender DIE LINKE.Potsdam

In Potsdam entschieden die Einwohner in einer Bürgerbefragung, dass eine neue Schwimmhalle am Fuße des Brauhausbergs und nicht am Volkspark gebaut wird. 65,2 Prozent entschieden damit gegen den ausdrücklichen Wunsch von Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD). Warum?

Der Brauhausberg liegt relativ zentral in der Stadt, während sich der Volkspark weit abgelegen im Norden befindet. Für alle Besucher aus dem Süden wäre dies sehr ungünstig gewesen. Denn Potsdam wird durch die Havel geteilt und als Übergang dienen lediglich zwei Brücken. An diesen zwei Zufahrten ist fast immer Stau. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Volkspark zu gelangen, ist auch nicht so leicht. Dagegen steht direkt neben dem Brauhausberg der Hauptbahnhof. Alle Bus- und Straßenbahnlinien führen dort vorbei. Außerdem steht am Brauhausberg bereits seit Jahrzehnten eine Schwimmhalle, die allerdings inzwischen marode ist und nun durch einen Neubau ersetzt werden soll. Der Standort ist also historisch gewachsen.

Die LINKE trat für den Standort Brauhausberg ein. Es wird gemunkelt, weil Linksfraktionschef Hans-

Jürgen Scharfenberg eine Rechnung offen hat mit dem SPD-Politiker Jakobs, gegen den er zweimal die Oberbürgermeisterwahl verloren hat.

Das ist Quatsch. Damit hat das überhaupt nichts zu tun. Wir sind aus den Gründen für den Brauhausberg, die auch die Bürger haben. Wir mussten eigentlich niemanden agitieren, für diese Variante zu stimmen. Wir haben nur das vertreten, was die Mehrheit der Bevölkerung sowieso möchte. Das Ergebnis der Bürgerbefragung stellte dies eindrücklich unter Beweis. Wir waren mit unserer Forderung auch nicht allein. Die linksalternative Fraktion »Die Andere« und das Bürgerbündnis wollten die Schwimmhalle auch am Brauhausberg, ebenso die Wasserballer, die jetzt schon dort trainieren und spielen.

Wie erklären Sie sich die mit fast 52,8 Prozent ungewöhnlich hohe Beteiligung an der Abstimmung?

Das Thema interessiert die Potsdamer sehr. Sie waren enttäuscht wegen der drohenden Fehlentscheidung der Politik und wollten die Sache deswegen selbst in die Hand nehmen.

Am Volkspark liegt ein neuer Stadt-

teil Potsdams, das Bornstedter Feld. Hier wurde kräftig in den Wohnungsbau investiert. Es besteht der Verdacht, die Schwimmhalle sollte dort entstehen, um die Gegend zusätzlich aufzuwerten. Was sagen Sie dazu?

Da ist sicher etwas dran. Aber ich finde es nicht falsch, etwas für das Bornstedter Feld zu tun. Es handelt sich um einen schnell wachsenden Stadtteil, der sicher eine Schwimmhalle vertragen könnte. Die LINKE hätte nichts dagegen, wenn dort in fünf Jahren eine zweite Schwimmhalle gebaut wird, wenn das Geld dafür vorhanden ist. Aber umgedreht wäre es nicht gegangen. Wenn die Schwimmhalle jetzt am Volkspark käme, dann hätte die Stadt das Gelände am Brauhausberg verkauft, damit dort Wohnungen gebaut werden können. Das war die Absicht. Eine Schwimmhalle hätte dort nicht mehr entstehen können.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Wir erwarten, dass es jetzt nicht zu lange dauert und die neue Schwimmhalle wirklich im Sommer 2016 fertig ist.

(Das Interview führte: Andreas Fritsche/„neues deutschland“)

Demütigung per Gesetz!

Potsdamer Bundestags- Abgeordnete zum Thema Hartz IV-Sanktionen

Am 26.04.2012 stimmte der Bundestag über den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Sanktionen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und Leistungseinschränkungen im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch abschaffen“ (BT-Drs. 17/5174) ab. Das Sozialgesetzbuch sieht bisher Sanktionen vor, wonach das ohnehin niedrige Arbeitslosengeld II in Schritten gekürzt werden kann, bis hin zur kompletten Streichung.

Menschen werden mit Sanktionen schikaniert, ins Elend gestürzt und sozial ausgegrenzt. DIE LINKE fordert, alle Sanktionen im Bereich Hartz IV sowie die Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abzuschaffen, weil diese gegen das Grundrecht auf eine Gewährleistung des physischen Existenzminimums und der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben verstoßen.

Außerdem zwingen sie die Sozialleistungsbeziehenden dazu, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen. Damit wird der Druck auf die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten erhöht.

Gegen die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen und anderer Leistungseinschränkungen stimmten folgende Potsdamer Abgeordnete: Andrea Wicklein (SPD) und Katherina Reiche (CDU/CSU). Cornelia Behm (Bündnis 90/Die Grünen) hat sich enthalten.



Bürgerbeteiligung für alle Potsdamer Einwohner

Wahlalter mit 16 Jahren ist ein richtiger Schritt, um in das starre politische System wieder Schwung zu bekommen. Jugendliche können stärker als bisher partizipieren. Jugend bekommt eine Stimme und die Chance auf echte Teilhabe, aber das verlangt auch, sich aktiv einzubringen. Eine neue Generation hat einen anderen Anspruch an sich selbst und folglich auch an Politik. Politik muss daher offener und frischer sein – sowie Spaß machen.

Leider können sich nicht alle Potsdamer Einwohner beteiligen. Etwa 6500 Einwohner, die nicht aus der EU kommen, ihren Erstwohnsitz in Potsdam haben, sind von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen.

Mehr Demokratie wagen bedeutet hier Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten für alle Einwohner dieser Stadt. Sie alle müssen das Recht haben, nicht nur die sie betreffenden Angelegenheiten diskutieren, sondern auch in stärkerem

Maße als heute entscheiden zu können. Politik und Verwaltung sollten gemeinsam die Hauptsatzung dahingehend ändern, dass es heißt, „... alle Potsdamer ab 16 Jahren, die ihren Erstwohnsitz in Potsdam haben.“ Ein kleiner Schritt mit großer Wirkung, der der Stadt gut zu Gesicht stehen wird, mehr Akzeptanz für die Einwohner aus den Nicht-EU-Ländern und eine stärkere Identifikation dieser mit ihrer Stadt Potsdam nach sich zieht.

Sascha Krämer, Kreisvorsitzender

Auch eine Kampfform – Sonnenwendfeier

Juni 1932

Die Anstrengungen von Kommunisten und Sozialdemokraten, gemeinsam gegen das drohende An-die-Macht-Kommen der Nationalsozialisten zu kämpfen, wurde nicht nur auf den Straßen und

Plätzen von Nowawes (heute Bestandteil Potsdams) deutlich. Viele Formen und Möglichkeiten wurden genutzt. So auch die gemeinsame Sonnenwendfeier am 21. Juni 1932 in den Sandkuten. Zu

ihnen spricht der Sozialdemokrat Hermann Maaß. Er warnt eindringlich vor der faschistischen Gefahr und ruft mit flammenden Worten zur Einheit beider Arbeiterparteien im Kampf gegen die

braune Gefahr auf. Vergeblich. Letztlich wurde auch er ein Opfer der nicht zustande gekommenen Aktionseinheit.

Drakonische Maßnahmen gegen Schwarzhändler

Juni 1947

Zwei Jahre nach Kriegsende war das Problem des Schwarzen Marktes in Potsdam noch immer nicht gelöst - zu gravierend noch waren die Versorgungsschwierigkeiten. Die Zahl derer, die da versuchten, ihr eignes Leben mit Hilfe des Schwarzen Marktes zu bessern, war deshalb nicht kleiner geworden. Doch die Staatsmacht griff jetzt energisch durch.

Am 06. Juni 1947 ließ der Chef

der Potsdamer Polizei in der „Märkischen Volksstimme“ die Beobachtung mitteilen, dass in letzter Zeit „...ungeachtet aller in der Tagespresse und im Rundfunk gebrachten Appelle an die Vernunft eines jeden einzelnen der Schwarze Markt in der Hegelallee und am Königsweg einen immer größeren Umfang angenommen...“ hätten. Nun aber sähe sich die Polizei Potsdams gezwungen,

„...von jetzt ab mit unnachgiebiger Härte gegen diese Unbelehrbaren und Unverbesserlichen vor(zu)gehen.“ Dazu gehöre eine 24stündige Haft für alle - ohne Ausnahme - und danach eine Zuführung zum Schnellrichter. Es folgte der Hinweis, dass von diesen Maßnahmen sowohl Handelnde als auch Zuschauer betroffen seien. Und zum Abschluss die Warnung: „Es ist daher nicht ratsam, diese

Plätze als Fußgänger zu passieren, da bei den schlagartig einsetzenden Polizeiaktionen alle dort angetroffenen Personen festgenommen werden.“

Die Polizeimaßnahmen lösten letztlich das Problem nicht. Erst die Verbesserung der Lebenslage ließ die Menschen das Risiko „Schwarzer Markt“ meiden.

-rt

Filme für die demokratische Erneuerung

Juni 1947

Zur Erreichung dieses Ziels sollte der erste deutsche Filmautorenkongress vom 09./10. Juni 1947 in Berlin beitragen. Initiiert hatte ihn die DEFA. Der Direktor der DEFA, Alfred Lindemann, stellte in seinem Beitrag eingangs fest, dass gegenwärtig bei der DEFA 21 Regisseure, 20 Kameramänner und 1.500 technische und kaufmännische Beschäftigte tätig seien. Damit wies er auf das große

Potential hin, das zur Verfügung stand, um sich Künftigem zu stellen. Und dazu führte Lindemann aus: „...Die größte Aufgabe für das neue deutsche Filmschaffen besteht darin, Filme für die demokratische Erneuerung Deutschlands herzustellen. Diese wirksamste Erziehungsarbeit kann nur durch uns selbst erfolgen. Es ist nicht zu verantworten, wieder seichte Machwerke herzustellen.

Man muss an die Verantwortung der Produzenten appellieren. Das Nachwuchsproblem kann nur dadurch gelöst werden, dass man die Jugend an die Arbeit heran lässt, auch der Autorennachwuchs muss großzügig unterstützt werden.“ Hierin, so unterstrich er weiter, liege eine der bedeutendsten Aufgaben des Kongresses, die nicht einseitig vom Standpunkt einer Filmfirma gelöst werden

sollen.“ Beifall erhielt der Redner für die dargelegten Grundsätze - aber auch für den Vorschlag, ein Autorenheim zu schaffen, in dem sich junge Filmschriftsteller zur Arbeit und Aussprache zusammenfinden können.

Dieser für ganz Deutschland unterbreitete Vorschlag wurde aus bekannten Gründen nie realisiert.

-rt

Kindertag

Juni 1952

Der 01. Juni wurde während der DDR-Zeit von den Kindern voller Spannung erwartet, war doch alljährlich - ähnlich einem Geburtstag - mit viel Spaß und Spiel, Freude und Sport zu rechnen. Da machte der 01. Juni 1952 keine Ausnahme. Der Tag begann in Potsdam um 08.00 Uhr mit dem

Wecken durch die Fanfarenzüge der Jungen Pioniere. Ab 12.00 Uhr fand ein großes Pioniersportfest im Ernst-Thälmann-Stadion statt. Um 14.00 Uhr erheiterte das Landestheater Brandenburg die Kinder mit dem Märchenspiel „Rotkäppchen“ und das Zentrale Kulturhaus der deutsch-sowjetischen

Freundschaft (heute Logenhaus) mit dem Film „In friedlichen Tagen“. Zur gleichen Zeit war auch das Thalia-Kino für Kinder geöffnet. Doch als größerer Magnet erwiesen sich die Kinderfeste auf dem Bassinplatz, Weberplatz und am Finkenweg. Eine Attraktion war das Rollerrennen. Abgeschlos-

sen wurde der offizielle Teil des Kindertages um 17.30 Uhr mit Demonstrationen von den drei Festplätzen aus. Von langfristiger Wirkung war die Übergabe des ersten Bauabschnitts des „Hauses der Pioniere“ (heute Treffpunkt Freizeit). Es war übrigens das erste neu gebaute Pionierhaus der DDR.

„MMM“ für alle Jugendlichen

Juni 1962

Noch steckte die Jugendneuererbewegung „Messe der Meister von morgen“ (MMM) in den Anfängen, doch genoss sie bereits hohe gesellschaftliche Anerkennung. Das wurde schon dadurch unterstrichen, dass die Potsdamer Stadt-MMM vom 21. - 30. Juni 1962 im Haus der jungen Talente in Babelsberg (Karl-Liebknecht-Straße) vom amtierenden Oberbürgermeister Kurt Fischer eröff-

net wurde. Und der sowie seine Begleiter schauten sehr aufmerksam hin. Besonders stachen die Arbeitsgemeinschaften des Pionierhauses „Erich Weinert“, der Tagesoberschule 19 und die der Betriebsberufsschule „Erich Weinert“ hervor. Nicht nur einen Achtungserfolg erzielten zwei Jugendliche des VEB (K) Industriedruck Babelsberg, die durch eine neue Skalenbohrung eine jährli-

che Einsparung von 31.000,- DM erreichten.

Das genaue Hinschauen brachte aber nicht nur Lob mit sich. Kritisiert - und das öffentlich in der Tagespresse! - wurden der VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg (ein absoluter Schwerpunktbetrieb), das



DEFA-Studio für Spielfilme (auch ein Schwerpunktbetrieb) und der VEB (K) Bau (dito). Alle drei Betriebe waren auf der Stadt-MMM nicht vertre-

treten! An den Jugendlichen dieser Betriebe kann das aber nicht gelegen haben...

Schwerpunkte aus der 44. Sitzung der SVV

„Das waren aber viele Themen! Da kommt man ja mit dem Mitschreiben gar nicht hinterher“ – so eine gestandene Journalistin am Ende des Frühschoppens „Rathausreport live“ im Bürgerhaus am Schlaatz.

Dabei hatte Hans-Jürgen Scharfenberg doch nur die Schwerpunkte und bei weitem nicht alle Tagesordnungspunkte der Mai-Sitzung angesprochen.

DIE LINKE hatte mit ihren 7 Anträgen auf ganz aktuelle Probleme reagiert:

- Mietern der AWAG im Schlaatz war die Einstellung der Wärmeversorgung angeht worden.

- Rollsportler hatten erneut und nachdrücklich auf den miserablen Zustand der Anlage vor der Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee aufmerksam gemacht.

- Der Bau einer Kunsthalle in Potsdam, ein weiteres Geschenk von Hasso Plattner an die Stadt, hatte auch Diskussionen um deren Standort ausgelöst.

- Fehlentscheidungen der Verwaltung beim Verkauf von Ufergrundstücken waren Anlass, um einen Bericht der Verwaltung zur Umsetzung des 2001 beschlossenen Uferwegekonzeptes zu beauftragen.

- Die Ignoranz des Willens der Stadtverordneten bei der Erarbeitung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung sollte mit einer Rüge des Verhaltens des Oberbürgermeisters und der zuständigen Beigeordneten Frau Müller-Preinesberger geahndet werden.

- Hinweisen von Garagennutzern nachgehend, wurde ein Bericht zur Umsetzung des 2008 beschlossenen Garagenstandortkonzeptes von der Verwaltung eingefordert.

- Dem Beispiel der Stadt Leipzig folgend, wurde der Auftrag erteilt zu prüfen, ob und wenn ja, wie auch in Potsdam eine befristete kostenlose Nutzung des ÖPNV für Bürger mit der Zulassung eines eigenen Pkw's möglich ist.

Die 7 Anträge wurden alle beschlossen bzw. in Fachausschüsse überwiesen.

Potsdam und seine Uferwege – Der Dauerstreit scheint vorprogrammiert

Aufregung über Verwaltungshandeln gehört zum Tagesgeschäft von Stadtverordneten. Es kommt immer wieder vor, dass die Verwaltung Entscheidungen trifft, die Beschlüssen der SVV widersprechen. Gerade bei dem äußerst sensiblen Thema „freie Uferwege“ sorgt das für Unmut und Unverständnis.

Wir fragen uns schon, warum die Verwaltung 2001 ein „Uferwegekonzept Gesamtstadt“ beschließen lässt, wenn sie dann über Grundstücksverkäufe den politischen Willen der SVV konterkariert. Der

sagt, dass Uferwege durchgängig und öffentlich begehbar sein sollen.

Sicher, das durchzusetzen, kostet Geld. Zu sagen: Das Geld haben wir nicht, deshalb geben wir Teilstücke von Uferwegen aus der Hand, ist definitiv eine Fehlentscheidung.

Im Beschluss zum „Uferwegekonzept Gesamtstadt“ heißt es u. a.: Die Auswirkungen hinsichtlich der Verfügbarmachung und der Finanzen sind schrittweise zu prüfen und mit Maßnahmekonzepten oder Planungen der SVV zur Entscheidung vorzulegen.

Die Verwaltung hat es offenbar in 10 Jahren nicht geschafft, sich eine Strategie zu überlegen, wie die Sicherung öffentlicher Uferwege in der Gesamtstadt stringent und effizient erreicht werden soll. Genau das Problem hat DIE LINKE in ihrem Antrag aufgegriffen und die Forderung gestellt, dass die Verwaltung schnellstmöglich eine Strategie zur Umsetzung des „Uferkonzeptes Gesamtstadt“ zu erarbeiten hat. Dieses Strategiepapier muss sowohl die konkrete Bedeutung und Priorität einzelner Uferbereiche als auch die Kosten und die Finanzierung ordnen. Ziel des Ganzen bleibt, ein Höchstmaß an öffentlichem Nutzen bei der Erlebbarkeit der Ufer langfristig zu sichern.

Wir erhoffen uns davon, dass weitere Fehlentscheidungen mit nachhaltigem Schaden für die Öffentlichkeit künftig vermieden werden.

AWAG-Mieter vor Einstellung der Wärmeversorgung schützen

Nicht zum ersten Mal hatten sich Mieter von AWAG-Wohnungen Am Otterkiez Unterstützung suchend an die Fraktion gewandt.

Erneut drohte der Wärmeversorger techem die Einstellung der Wärmeversorgung an, weil die Wohnungseigentümerin AWAG in Zahlungsschwierigkeiten geraten war. Das konnte zunächst verhindert werden, auch weil sich der OB entsprechend unserem Antrag gekümmert hat. Zahlungsvereinbarungen zwischen der techem und der AWAG über die ca. 300 T € Schulden sollten geschlossen werden. Informationen des OB im Hauptausschuss am 9. Mai 2012 zum Ergebnis der geführten Gespräche ließen darauf schließen, dass das Problem eine Lösung gefunden hatte.

Die Wärmeversorgung wurde zwar, wie zugesagt, zum 15. Mai 2012 nicht eingestellt. Eine Garantie, dass das so bleibt, gibt es aber nicht, obwohl nunmehr bekannt wurde, dass der Lieferstopp ein weiteres Mal bis 15. Juni ausgesetzt wurde. Die AWAG hat wohl einen Teil der offenen Forderungen beglichen.

270 Haushalte Am Schlaatz können zunächst aufatmen. Für wie lange ist aber ebenso wenig klar wie die Pläne der AWAG,

die einst von der Gewoba gekauften Wohnungen wieder zu veräußern, und zwar an die Gewoba. Aber wie gesagt: Entschieden ist das alles nicht.

Im Interesse der Mieter muss aber ganz schnell eine Lösung her.

DIE LINKE wird weiter auch an diesem Problem dranbleiben!

Potsdam – Stadt des Sports und des Rollsports?

Im Bürgerhaushalt 2010 fand sich die Sanierung der Rollsportanlage an der Heinrich-Mann-Allee auf Platz 2 der Liste der Bürgerinnen und Bürger. Hier ist auch bereits genau beschrieben, was erforderlich ist, um die Anlage trainings- und wettkampfgerecht herzurichten. Die Sanierung der Lauffläche, die Überdachung und der Bau einer Zuschauertribüne sind mit Kosten i. H. v. 150 T € angegeben.

Im Weiteren hat die Verwaltung mitgeteilt, dass das Rollsportfeld mittelfristig durch einen Ersatzneubau am Standort ersetzt werden soll.

Das ist auch ganz dringend erforderlich: Ca. 1.000 Rollsportler trainieren dort regelmäßig, Tendenz steigend. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Qualität der Anlage. Der 18 Jahre alte Kunsthartzbelag weist starke Risse und große Löcher auf.

Das Rollsportfeld kann nur bei trockenem Wetter genutzt werden, weil das Wasser nicht abfließen kann.

Die Rollsportvereine schlagen Alarm: Rollkunstläufer, Inline-Hockey-Spieler, Speed-Skater können die Anlage zunehmend weniger nutzen und fürchten eine anhaltende Abwanderung des Nachwuchses nach Berlin und ins Umland. Ende April mussten die Wettkämpfe zum 10. Internationalen Sanssouci-Pokal mit 280 Aktiven bereits nach Falkensee verlegt werden, weil die Anlage nicht mehr wettkampfgerecht ist. Auch mit Blick auf die Norddeutschen Meisterschaften im Rollkunstlaufen 2015, die auf einer sanierten und überdachten Anlage in der Heinrich-Mann-Allee wie geplant ausgetragen werden sollen, hat DIE LINKE einen Finanz- und Zeitplan für die Sanierung bzw. Erneuerung der Rollsport-Anlage gefordert. Termin dafür ist der 22. August 2012. Wir werden uns ganz sicher nicht damit abfinden, dass die Sanierung der Anlage, wie von der Verwaltung in Aussicht gestellt, erst 2014 in Angriff genommen wird. Der Protest der Rollsportler gegen den Termin ist bei der langen Vorgeschichte und den vielen bisher nicht gehaltenen Versprechen mehr als verständlich.

Es gibt in Potsdam keine Alternative zur Nutzung der Anlage in der Heinrich-Mann-Allee. Die MBS-Arena im Luftschiffhafen bietet zwar die Voraussetzungen, ist aber bei der Höhe der Mieten für die Rollsportvereine nicht bezahlbar.

Exners „Schützengräben“

Wenn man Potsdams Finanzbeigeordnetem Burkhard Exner eines nicht unterstellen kann, dann ist es fehlende Kreativität beim Entwickeln immer absurderer Sparvorschläge. Ein besonders hanebüchenes Beispiel trat in der letzten SVV zutage. Auf Nachfrage musste dort die Verwaltung bekennen, dass die Fachbereichsleitung Schule und Sport seit nunmehr anderthalb Jahren verwaist ist - und zwar deshalb, weil Herr Exner nicht bereit war, den bisherigen Bewerbern eine ihrer Qualifikation und den Aufgaben der Stelle tarifentsprechende Vergütung zu zahlen. Eilig wies Exner in der Plenarsitzung auf die doch „allein zuständige“ Beigeordnete Frau Dr. Magdowski. Die konterte sichtlich verärgert, an qualifizierten und willigen Bewerbern habe es ihr nicht gemangelt. Sie habe sich bereits zweimal, auch mit Unterstützung einer - selbstverständlich hochbezahlten - externen Personalberatung, entschieden. Damit Herr Exner jetzt aber auf Nummer Sicher gehen kann, dass doch noch eine Stellenbesetzung in seinem Sinne erfolgt, hat er eine Neuausschreibung veranlasst - ohne Kenntnis der „allein zuständigen“ Beigeordneten. Neuer Arbeitsschwerpunkt im Fachbereich Schule und Sport? Richtig: Haushaltscontrolling. - Na denn, liebe Beigeordnete, Fachbereichs- und Arbeitsgruppenleiter: Köpfe einziehen und Helme aufsetzen - es wird scharf geschossen! Etatüberschreitungen werden gnadenlos niedergemäht!

Potsdamer Schulen platzen aus allen Nähten

Nach einer aktuellen Information im Bildungsausschuss können in diesem Jahr bereits 139 Schüler nach der 6. Klasse nicht auf eine Schule ihrer Wahl gehen. 111 von ihnen hatten eine Gesamtschule angewählt. 24 der betroffenen Schüler erhalten ein Angebot zur Aufnahme am Gymnasium Babelsberg, 115 Schüler sollen auf die Fontane- und Coubertin-Oberschulen verteilt werden. Damit steigt die Zahl fehlender Gesamtschulplätze in der Stadt auf inzwischen schon fünf Klassen. Wie von der LINKEN vorausgesagt, verschärft sich das Problem damit weiter. Entgegen allen Warnungen hatte die SVV erst im März sogar der Streichung einer 7. Klasse an der Voltaire-Schule zugestimmt. Nachhaltige Entlastung ist leider erst im Schuljahr 2016/17 zu erwarten. Dann soll am Schilfhof endlich ein weiterer Gesamtschulstandort eröffnet werden.

Stefan Wollenberg

Der neu gewählte Ortsvorstand DIE LINKE.Potsdam-West:



Ronny Besançon, Vorsitzender



Bianca Bastian



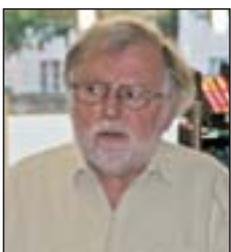
Bernhard Heimann



Tina Lange



Marlies Nopens



Wolfgang Preller

Gebündelte Energien wirken

Wahl-Mitgliederversammlung des Ortsvorstandes Potsdam-West der LINKEN

„Durch die Bündelung von Energien der Basisorganisationen in den Ortsvorständen ist ein qualitativ besseres Wirken möglich“, betonte der stellvertretende Kreisvorsitzende Günther Waschkuhn auf der Wahlversammlung des OV Potsdam-West Mitte Mai. Das bestätigte der bisherige OV-Vorsitzende Bernhard Heimann im Bericht des OV: „Die Gründung des Ortsverbandes vor zwei Jahren hat sich bewährt.“

Der Vorsitzende regte an, in der Diskussion vor allem solche Fragen zu beantworten wie „Hat die Existenz des Ortsverbandes das Wirken unserer Partei in Potsdam-West positiv beeinflusst? Wie nehmen die Mitglieder und Sympathisanten das wahr? Welche Probleme des Stadtteils müssten in nächster Zeit aufgegriffen werden?“

Heimann, der den Vorsitz aus Altersgründen abgibt, nannte zu Beginn den OV eine „Struktur, mit der eine kontinuierliche wirksame Parteiarbeit geleistet werden kann“. Davon zeugen auch in „P-West“ interessante Mitgliederversammlungen wie die zur Programmdiskussion, zur Tätigkeit der Landesregierung (mit Ministerin Anita Tack, die zum OV gehört) wie auch zu außenpolitischen Themen wie zu China und zum Spanien-Krieg. Der Dank ging deshalb auch an die Genossen Dr. Wolfram Adolphi und Karin und Lothar Schröter.

In der Diskussion wurde es belegt: Verstärkt werden müssen vor allem die Verbindungen zu Vereinen und Bürgerinitiativen. Langjährige Erfahrungen



gibt es durch die Mitarbeit von Wolfgang Preller im Verein Brandenburger Vorstadt. Darüber hinaus sind Kontakte zum Stadtteilnetzwerk Potsdam-West, zur „Westkurve“ und ähnlichen Einrichtungen notwendig. Das betonte vor allem auch der neu gewählte Vorsitzende Ronny Besançon in seinen Redebeiträgen. Er hatte ein diesbezügliches Konzept des Ortsverbandes für die nächsten zwei Jahre schriftlich vorgelegt. „Ich halte es für sehr wichtig, mit allen politischen Kräften in Potsdam-West (mit Ausnahme rechtsradikaler Parteien natürlich) Kontakt aufzunehmen, um Zusammenarbeit in punktuellen Sachfragen zu erreichen“, so Besançon.

Weiter hob der neue Vorsitzende die Mitgliederbetreuung hervor. „Das ist der Bereich, der uns in Zukunft sowohl personell als auch konzeptionell vor die stärksten Herausforderungen stellt“, unterstrich er. Bewährtes wie die Treffen des OV-Vorstandes mit den BO-Vorsitzenden, die regelmäßigen Mitgliederversammlungen sowie thematische Veranstaltungen sollen beibehalten wer-

den. Und Besançon betonte: „Auch wenn ein Mitglied gesundheitlich oder aus anderen Gründen nicht mehr in der Lage ist, am aktiven Parteileben teilzunehmen, muss es unsere Aufgabe sein, dieses Mitglied nicht vom Parteileben abzukoppeln. Es muss informiert werden, und es muss die Zeit da sein, mit den älteren Genossen zu sprechen, ihnen Glückwünsche zu über-

bringen und ihnen wieder das wahrhaftige Gefühl zu geben, Teil der Partei zu sein.“ Besonders solche Sätze fanden Rückhalt bei den zahlreich erschienenen GenossInnen.

Zu den Herausforderungen der kommenden Jahre gehören der Bundestagswahlkampf 2013 und die Kommunalwahlen im Frühjahr 2014. Es gelte, „die Menschen von unseren Kandidaten und unserem Programm zu überzeugen“, waren die GenossInnen der Meinung. Und Besançon unterstrich: „Es gibt Wählerpotential in Potsdam-West, das es zu mobilisieren gilt.“ Hierzu sollten sich die Potsdamer Ortsvorstände der LINKEN regelmäßig zu Erfahrungsaustauschen treffen. Denn das ist nach wie vor die „billigste Investition“.

Abschließend stellten sich die KandidatInnen für den neu zu wählenden Ortsvorstand vor. Besonders hervorzuheben ist hier, dass es sich um drei ältere und drei junge GenossInnen handelt, die einstimmig gewählt wurden.

-bm



Wer oder was ist die SPAN?

Nicht ganz leicht - SPAN ist die Abkürzung für die Sportanlagen-Nutzungs- und -Vergabeordnung der Stadt Potsdam. Diese wurde gerade überarbeitet und von den Stadtverordneten beschlossen. Sie ist ein wichtiges Dokument für die Sportvereine und alle anderen Nutzer der Sportanlagen der Stadt. Das betrifft insbesondere die Turnhallen, die Stadien, die Sportplätze und die Hallenbäder. Grundsätzlich stehen die Sporthallen bis 16.00 Uhr den Schulen für den Unterricht und anschließend in erster Linie den Sportorganisationen zur Verfügung. Der wichtigste Satz ist dabei im §6 zu finden: „Die Sportanlagen werden für den Unterricht der Schulen in kommunaler Trägerschaft und für den Übungs- und Wettkampfbetrieb von gemeinnützigen Potsdamer Sportorganisationen entgeltfrei überlassen.“ (Eine Ausnahme sind die Hallen- und Strandbäder, deren

Nutzung über eine gesonderte Preistafel geregelt ist.)

Für den Stadtsportbund ist es eine der wichtigsten sportpolitischen Zielstellungen, diese Regelung zu erhalten. Gerade dadurch vertritt er auch die Interessen von über 25.000 Mitgliedern der Sportvereine der Stadt Potsdam, die ihre Gebühren auf einem familienfreundlichen Niveau halten können.

Neue Fragen ergeben sich mit der Nutzung der MBS-Arena (Foto) im Luftschiffhafen. Was passiert eigentlich mit den Einnahmen aus Eintrittsgeldern? Auch hier ist für die Vereine eine moderate Regelung getroffen worden: Zehn Prozent der Erlöse gehen an die Stadt. Ausnahmen sind für die nichtsportliche Nutzung und für Organisationen formuliert, die nicht die Fördervoraussetzungen der Stadt erfüllen. Allerdings sind noch nicht alle Fragen zur Nutzung der MBS-Arena

beantwortet. Die Vorstellungen der Luftschiffhafen GmbH, bei einem Wettkampf erhebliche Extraeinnahmen durch die Nutzung der Videowand (1.000 Euro), des Cateringraums (1000 Euro), des Presseraums etc. zu erzielen, sind nicht nachvollziehbar und somit für den Stadtsportbund auch nicht akzeptabel, so lange dem neu gegründeten Aufsichtsrat nicht eine transparente Kostenkalkulation vorgelegt und dann beschlossen wird. Dennoch: Der Besuch einer der schönsten und modernsten Sportstätten des Landes Brandenburg lohnt sich auf jeden Fall!

Alles in allem kommt die SPAN den sportlichen und Freizeitinteressen der Potsdamer Bürger entgegen. Sie ist detailliert nachzulesen auf den Internetseiten der Landeshauptstadt potsdam.de.

Lutz Henrich, Vorsitzender des Stadtsportbunds Potsdam



Die „Platte“ in Potsdam West

An der Ecke Haecelstraße / Knobelsdorffstraße direkt neben dem Haecelmarkt in Potsdam/West liegt ein verwaister Platz. Der in den 70-er Jahren von engagierten Anwohnern vornehmlich für die Jugendlichen der Plattenbausiedlung angelegte Platz wurde in Potsdam schlicht „Platte“ genannt. Der Platz, bestehend aus großen Plattenbauteilen, Asphalt, Blumenkästen ist umringt von Büschen, Gestrüpp und Bäumen. Seit Mitte der 90-er Jahre wird dieser kaum noch als Raum für „Begegnung“ genutzt. Er ist ein Platz, über den Menschen hinweggehen, um von A nach B zu kommen oder in der Pause schnell eine zu rauchen. Seit 2011 ändert sich das zunehmend. Wiederentdeckt durch die Bewohner von Potsdam West, die

sich in einem Stadtteilnetzwerk organisierten, wurde im vergangenen Jahr durch die Veranstaltung „Plattenspieler“ der Startschuss für die Rückeroberung durch die Anwohner_innen gesetzt. Viele hundert Gäste feierten das Fest und belebten den Platz. Sie tauschten Ideen zur weiteren Nutzung aus, Künstler verschönerten die „Platte-Monolithen“, die Blumenkästen wurden neu bepflanzt. Seitdem wird gemeinsam mit der Stadt geplant, wie die weitere Nutzung aussehen könnte. Ideenwerkstätten und regelmäßige Planungstreffen für Jung und Alt lassen die Wünsche der Anwohner_innen konkret werden. So sollen schon dieses Jahr Strom- und Wasseranschlüsse bereitgestellt werden sowie eine öffentliche Toilette entstehen. Weiter sollen

monatliche Reinigungen des Platzes und der Grünflächen sowie das Aufstellen von Papierkörben und Hundetoiletten den Platz strukturell aufwerten. Die Platte soll von allen Generationen wieder als Begegnungsort im Kiez wahrgenommen werden. 2012 sind zahlreiche kulturelle und sportliche Veranstaltungen auf dem Platz geplant. Umgesetzt durch ein großes Netzwerk, bestehend aus anliegenden Institutionen, sozialen Organisationen, dem Stadtteilnetzwerk, dem SJR und kulturschaffenden Vereinen u.v.m., wird dieses Jahr der Ort zum Treffpunkt und zum Freizeitziel. Würde der Preis des „Stadtteil-Phönix“ vergeben, gäbe es ihn denn, würde er 2012 zu Recht zur „Platte“ wandern.

Matthias Lack, Kreisvorstand Potsdam

Für einen O-Bus nach Golm – sparen wir uns die Schiene

Ein Diskussionsanstoß von Tamás Blénessy

Sparen wir uns die Schiene und machen wir es wie Eberswalde. Potsdam ist in punkto Modernisierung des Wagenparks sowohl bei Bussen als auch Straßenbahnen ein wahres Vorbild für viele Städte in ganz Europa. Auch ein Ausbau des Straßenbahnnetzes wird seit längerem diskutiert. Innerstädtisch ist vor allem Golm mit seinem Wissenschaftspark im Gespräch, die beiden Buslinien 605 und 606 können den Ansturm der Fahrgäste kaum noch bewältigen.

Mutige Optimisten schätzen die Baukosten für eine Tram-Trasse auf gerade einmal zehn Millionen Euro, obwohl sie ein gutes Stück jenseits vorhandener Straßen verläuft. Natürlich regt sich unter den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern Widerstand, ein Statement der Schlösserstiftung zu Gleisanlagen und Fahrleitungen im Welterbepark lässt sich leicht erahnen.

Warum also nicht den Mittelweg? Der O-Bus hat sich enorm entwickelt und ist in der Schweiz sogar als Light-Tram mit einer Länge von 25 Metern in engen Innenstädten unterwegs. Die Fahrleitungen würden rund fünf Millionen Euro kosten, pro Bus kommen rund eine Million Euro dazu. Am Neuen Palais könnte der O-Bus ohne Fahrleitung verkehren. Sogar in Peking fährt ein O-Bus im Akkubetrieb über den Platz des Himmlischen Friedens.

O-Busse sind enorm geräuscharm, besonders im Eichenring und in der Kastanienallee hätte der O-Bus seine größten Fans. Sie können wesentlich länger gefahren werden als ein Dieselsbus und geben bis zu 30 Prozent der verbrauchten Energie beim Bremsen wieder in die Fahrleitung zurück. Auch im Innenstadtbereich gibt es keine Probleme, da auch die Leitungen der Straßenbahn für einen O-Bus kein Hindernis darstellen. Warum fasst sich diese Stadt also nicht ein Herz und reaktiviert eine umweltfreundliche Technologie? Sparen wir uns Schienen, neue Trassen und leere, laute Straßenbahnen in den Randzeiten! Ein Besuch in Eberswalde, der letzten verbliebenen O-Bus-Stadt im „Osten“, kann leicht überzeugen.

Naturerlebnis in Gemeinschaft

Im Namen von vielen, die der Einladung des Kreisvorstandes der Linken folgten, unter der Regie von Hella und Rudolf Drohla den Himmelfahrtstag gemeinsam im Glauer Tal (Nuthenieder-Nieplitz-Naturpark) wandernd zu erleben, sei herzlich gedankt für diese Initiative. Ein H&H-Bus voll gutgelaunter Mitfahrer rollte bei kühlem Frühlingwetter dem Ziel entgegen. Viele von ihnen sind seit Jahren aktiv am Geschehen im Kreisverband beteiligt. Das schafft Vertrauen, fördert den Gedankenaustausch auch über tagespolitische Themen hinaus.

Egal, für welche der beiden angebotenen Kilometer-Strecken sich der einzelne entschieden hatte, jeder bekam bleibende Eindrücke und Informationen über den Lebensraum der verschiedenen Wildtiere. Dabei waren unsere beiden Naturpark-Führerinnen exzellente Moderatorinnen. Ich nahm den Eindruck mit nach Hause, hier wird ein Projekt verwirklicht, das Naturschutz, Landschaftspflege und Wildtierhaltung im besten Sinne vereinigt und weiter befördert.

Wir konnten auf dem Rundgang einige der Wildtiere entdecken, von Aussichts-Plattformen ihr Verhalten beobachten. Unsere Begleiterinnen führten zu noch im Bau befindlichen Aussichts- und Informationspunkten sowie sich bald füllenden Vogelgehegen.

Vor allem bei vielen der älteren Alleinreisenden kam der Wunsch auf, derartige Unternehmungen mehrmals im Jahr in Potsdam oder der näheren Umgebung zu wiederholen, als Spazierwanderungen von nur wenigen Kilometern. Evtl. ist das eine Anregung für den Kreisvorstand oder die Senioren-AG, auch um den Zusammenhalt beim Älterwerden zu fördern.

Zwei Dinge werteten den Feiertag zusätzlich auf: Unsere Umweltministerin Anita Tack überraschte und begrüßte uns beim Mittagessen. Für sie war dieser Feiertagsausflug – wie kann es anders sein – auch mit beruflichen Interessen und Informationsgesprächen verbunden. Zum zweiten verkündete der uns begleitende Schatzmeister, dass wesentliche Kosten des Ausflugs vom Kreisverband übernommen werden. Gewissermaßen ein Dank an viele für geleistete ehrenamtliche Arbeit.

Helga Bornstädt

Abgeordnete geben Auskunft

Neue Sprechstunden in der Geschäftsstelle in der Dortustraße

Bürgerinitiativen und die hohe Beteiligung an der Badumfrage zeigen, dass sich die Potsdamerinnen und Potsdamer in die Stadtpolitik einmischen wollen. Deshalb werden ihnen Abgeordnete der LINKEN künftig nicht nur beim traditionellen „Rathausreport live“ in den Stadtteilen Rede und Antwort stehen, sondern zusätzlich auch in persönlichen Sprechstunden in der neuen Kreisgeschäftsstelle der Partei. Interessierte Bürger treffen die Abgeordneten nach jeder Stadtverordnetenversammlung jeweils am Donnerstag von 16 bis 18 Uhr in der Dortustraße 53 (Atrium).

Den Anfang machen am 7. Juni ab 16 Uhr mit Gabriele Herzel und Stefan Wollenberg gleich zwei Vertreter der Fraktion, die sich vor allem für die Bildungs- und Sozialpolitik in Potsdam engagieren.

Die Lehrerin Gabriele Herzel kümmert sich bei der Volkssolidarität um Senioren und Kinder und will sich einsetzen für „ein Miteinander der Generationen in unserer älter werdenden Stadt, für mehr demokratische Teilhabe der Älteren an sozialpolitischen Entscheidungen.“ Als bodenständige Politikerin trägt sie Alltagsorgen der Potsdamer in die SVV, in den vergangenen Wochen beispielsweise Nachfragen zum Bau von Wasser- und Abwasserleitungen in der Max-Eyth-Allee oder zur reibungslosen Bus-



Gabriele Herzel



Stefan Wollenberg

verbindung von Potsdam in den Ortsteil Eiche ohne längere Wartezeiten.

Für Schule und Sport legt sich hingegen der junge Abgeordnete Stefan Wollenberg ins Zeug. In der SVV bezeichnete er es kürzlich als fahrlässig, die Stelle des Fachbereichsleiters Schule und Sport in der Stadtverwaltung offenbar aus finanziellen Gründen länger unbesetzt zu lassen, obwohl Schulentwicklung und Sportförderung zu „Potsdams größten Baustellen“ gehörten. Ebenso kritisierte er die unzureichenden Gesamtschulkapazitäten und die Verweigerung von Auskünften dazu. Sein Motto belegt hohe Ansprüche des jungen Vaters auch an sich selbst: „Die Gesellschaft, in der wir leben, kann nur so gut sein, wie wir selbst sie machen.“

Ob zu Senioren, Schulen, Sport oder auch zu anderen Themen der Stadtpolitik – die Abgeordneten Herzel und Wollenberg beantworten am 7. Juni in der Dortustraße 53 Fragen der Bürger. In der SVV im Mai standen zum Beispiel Themen wie das Haushaltssicherungskonzept, Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt, eine Kunsthalle, städtische Beteiligungen an EWP und SWP, Schülerfahrtskosten, die Sportanlagen-Nutzungsverordnung, die Straßenreinigung, Garagen und eine Rüge für den Oberbürgermeister auf der Tagesordnung. Interessierte Potsdamer sind am 7. Juni ebenso willkommen wie in der nächsten Sprechstunde nach der parlamentarischen Sommerpause am 23. August, die dann Sigrig Müller bestreiten wird.

Umweltorientierte Verkehrssteuerung:

Potsdam braucht gesunde Luft

Im April wurde in Potsdam die „Umweltorientierte Verkehrssteuerung“ in Betrieb genommen. Umweltministerin Anita Tack begrüßte das Modellvorhaben und erklärte: „Potsdam braucht gesunde Luft – das ist unser gemeinsames Ziel!“ Sie verwies auf hohe Luftschadstoffbelastungen in mehreren Potsdamer Straßen, die über den von der EU vorgegebenen Grenzwerten liegen und von Fachleuten als gesundheitsschädlich eingeschätzt werden. „Als Umwelt- und Gesundheitsministerium sind wir natürlich froh darüber, dass wir gerade hier in der Landeshauptstadt dieses ambitionierte Pilotprojekt starten, das richtungweisend für viele Städte sein kann.“

War ursprünglich der Feinstaub als größte Belastung in der Landeshauptstadt ausgemacht worden, nimmt mit dem wachsenden Dieselfahrzeug-Anteil der Schadstoff Stickstoffdioxid in der Luft zu. Tack bekräftigte das Anliegen der Stadt, Gesundheitsgefährdungen der Einwohner durch Schadstoffe systematisch einzudämmen. „Ein Patentzept

gibt es nicht“, kommentierte die Potsdamerin kritische Reaktionen und erläuterte: „Der Luftreinhalteplan für Potsdam setzt auf die Kombination stadtplanerischer, technischer und straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen bei der Luftschadstoffminderung, flankiert durch die Förderung des Umweltverbundes.“

Der von Berlin gewählte Weg der Umweltzone würde in Potsdam die Belastung mit Feinstaub und Stickstoffdioxid lediglich um 3-7 Prozent mindern, zumal hier ohnehin schon viele Fahrzeuge mit grüner Plakette fahren. Auf der Suche nach Alternativen ermittelten Experten, dass die umweltsensitive Verkehrssteuerung die Schadstoffe in

der Luft kurzfristig und deutlich messbar vermindern könne. Oberstes Ziel, so Tack, müsse die Gesundheit der Menschen sein. Zwar könne das System nicht die Anzahl der durch Potsdam fahrenden Fahrzeuge beeinflussen, aber an dieser Stelle setze man auf die Vernunft der Verkehrsteilnehmer. Immerhin kämen Busse und Bahnen schneller voran, Fußgänger und Radfahrer hätten an vielen Ampeln kürzere Wartezeiten.

Daher sieht die Ministerin in der umweltorientierten Verkehrssteuerung gegenwärtig die beste Lösung für Potsdam. Das System erlaube es zudem, verkehrsbeschränkende Maßnahmen auf ein Minimum zu reduzieren. Die Einführung von Tempo-30 an neuralgischen Punkten wie in der Großbeerenstraße werde derzeit als sinnvolle Ergänzung geprüft. Wenn die Messergebnisse die gemeinsamen Erwartungen der Verantwortlichen bestätigen, will Tack das Projekt auch ihren Ministerkolleginnen und -kollegen in den anderen Bundesländern empfehlen.



Wer wird Ehrenbürger unserer Stadt?

Frau Reiche hat jüngst dazu einen Vorschlag gemacht. Das ist ihr gutes Recht. Zugleich hat sie uns dabei ihr Verständnis von Demokratie und der Rolle der Bürger offenbart. Ein reicher Bürger schenkt, und der Souverän, die Bürger dieser Stadt, verneigt sich huldvoll vor dem Mäzen. Gewiss, das ist Tradition an diesem Ort und Frau Reiche kann sich offenbar den Schatten der Vergangenheit nicht entziehen. Bürgerstolz gehörte nie zu den Attributen dieser Residenzstadt, dagegen devotes Verbeugen vor Königen und Herrschenden, seien sie deutscher oder österreichischer Provenienz. Entsprechend vergab man in den vergangenen Jahrhunderten auch großzügig die Ehrenbürgerschaft der Stadt. Heute sind es superreiche Mäzene aus Wirtschaft und Medien, die Potsdam auserkoren haben, vor denen sich Politiker und Meinungsmacher in dieser Stadt nur allzu gern in den Staub werfen. Ich schätze die finanziellen Beiträge von Herrn Plattner für diese Stadt. Ich denke zugleich, dass Ehrenbürgerschaft für diese Stadt ihren Ursprung nicht allein in Finanzen haben darf. Ein demokratisches Gemeinwesen sollte mehr Kriterien als großzügige Schecks für die Vergabe dieser hohen, ja höchsten Auszeichnung haben.

Nun gibt es den Disput über die Kunsthalle, zunächst über den Ort. Eben dazu gibt es neue Beschlüsse der Stadtverordneten offen und konsensorientiert zu diskutieren und dann zu entscheiden. Übrigens von der CDU-Fraktion nicht nur getragen, sondern mit angeregt! Hasso Plattner selbst hat den Wunsch formuliert, mit der Kunsthalle an einen Ort zu gehen, der konsensfähig über alle politischen Grenzen hinweg ist. Vielleicht sollte Frau Reiche auch diesen Gedanken zur Kenntnis nehmen, wenn sie sich weiter dazu äußert. Vielleicht sollte man auch bedenken, dass es Hasso Plattner nicht darum geht, DDR-



Architektur oder „städtebauliche Schandflecke“ in dieser Stadt zu beseitigen. Er will etwas Neues schaffen. Das ist zu begrüßen. Vielleicht wird damit unsere Stadt, die in preußischen Aspekten eingelegt scheint, auch architektonisch etwas Gegenwart – vielleicht auch Zukünftiges? – zum Ausdruck bringen. Und vielleicht kann auch beachtet werden, dass Plattner ursprünglich ein anderes Grundstück im Auge hatte – jenes der Fachhochschule – zwischen modernem Neubau der Bibliothek und histo-

rischem Landtag. Warum lenkte man ihn zum Lustgarten? Weil man (?) das Mercure loswerden will. Nun sollte man beachten, dass das Mercure (noch) Jemandem gehört und die Stadt (noch) keine Befugnis darüber hat. Und es ist auch offen, ob sich das ändern wird. Für den Fall jedoch, dass das Mercure nicht mehr als Hotel genutzt würde, sollten wir über eine neue, sinnvolle Nutzung des Gebäudes reden. Es gibt einen Vorschlag von den Studenten: ein Studentenwohnheim. Potsdam hat fast 20.000 Studierende, jedoch lebt die übergroße Mehrheit in Berlin oder an den Rändern der Stadt. Es wäre ein (kleiner) Schritt, Lebendigkeit in die museale Mitte zu bringen.

Frau Reiches Beitrag macht auch deutlich, dass sie wenig belastbare Kenntnisse von dieser Stadt hat. Als Staatssekretärin in einem Bundesministerium mit notwendigem Blick für das große Ganze ist das sicherlich nachvollziehbar; als Kreisvorsitzende der CDU in dieser Stadt jedoch kaum nachvollziehbar. Zumindest sollte sie sich dann mit solchen tönenden Einwüfen zurückhalten. Wie ihre Landesvorsitzende denkt und lebt sie in einer Welt voller Klischees. Das scheint mir ziemlich wacklig für eine CDU-Kreisvorsitzende im Jahre 2012. Dabei gibt es in dieser Stadt sehr wohl christdemokratische Politiker, die Potsdamer Demokraten, die kenntnisreich und verantwortungsbewusst für diese Stadt arbeiten.

Treten wir in das Gespräch über die vorgeschlagene Kunsthalle ein. Wir werden dabei sehen, ob es sich allein um ein Denkmal zum Ruhme der eigenen Person oder einen selbstlosen Beitrag für die kulturelle und soziale Entwicklung unserer Stadt handelt. Dann reden wir weiter über die Ehrenbürgerschaft.

Sascha Krämer, Kreisvorsitzender
DIE LINKE.Potsdam

„Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“

Chriss Kühnl, dielinke.SDS Potsdam: Wohnraum statt weitere Versnobung Potsdams

Seit Wochen geistert der Vorschlag Prof. Plattners, das Hotel Mercure abzureißen und durch eine Kunsthalle zu ersetzen, durch die Medienlandschaft Potsdams.

Eine Kunsthalle für die Hauptstadt Brandenburgs wäre sicherlich ein Gewinn, doch bleibt der fade Nachgeschmack, dass die meisten Potsdamerinnen und Potsdamer dringendere Probleme haben.

Diese Stadt braucht dringend bezahlbaren Wohnraum für einkommens-

schwächere Menschen im Stadtzentrum. Das Hotel zu einem Wohnheim für Azubis und Studis auszubauen, wäre ein Zeichen für einen Prioritätenwechsel in der Stadtpolitik.

Nicht erst seit dem Abriss der Uralt-Wohnheime in Golm oder der Debatte um den Rückbau der T-Wohnheime aufgrund von Sichtachsen betrifft diese Debatte gerade Studierende von Fachhochschule und Universität Potsdam. Deswegen haben wir eine Onlineum-

frage sowie einen Blog eingerichtet, hier wollen wir ein Meinungsbild einholen und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. Wir laden SIE, wir laden DICH ein, daran teilzunehmen.

Umfrage: http://www.dielinke-potsdam.de/politik/aktuell/umfrage_mercure_zu_studentenwohnheim/

Blog: http://www.dielinke-potsdam.de/nc/potsdams_linker_blog/

Jugendwettbewerb „Zivilcourage Verein“

Auch in diesem Jahr veranstalten wir den Jugendwettbewerb „Zivilcourage Verein“. Zu diesem Wettbewerb rufen die Brandenburger Bundestagsabgeordneten der Fraktion die LINKE Jugendliche im Land zur Teilnahme auf.

Mit diesem Wettbewerb möchte ich Jugendliche aus meinem Wahlkreis ermuntern, Projekte gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt zu konzipieren und zu realisieren. Die Jugendlichen sollen dafür sensibilisiert werden, dass Freiheit, Demokratie und Toleranz eine kritische Auseinandersetzung mit den Tendenzen erfordert, die diesen Werten schaden wollen. Daher brauchen wir eine kritische Gegenöffentlichkeit zum Rechtsextremismus. Anliegen des Wettbewerbs ist das Anregen kreativer und gewaltloser Projekte von Jugendlichen, die sich im Sinne des Antifaschismus für das Erinnern und ein respektvolles, demokratisches Miteinander engagieren.

Ich würde mich freuen, wenn Lehrer mit ihren Schülern im Rahmen der politischen Bildung über diesen Wettbewerb reden würden. Darüber hinaus stehe ich natürlich gern auch persönlich Rede und Antwort zu diesem Wettbewerb und zu interessierenden Fragen und Problemen. Vielleicht planen Lehrer im Rahmen Ihres Unterrichtes einen Besuch im Deutschen Bundestag? Auch dann steht mein Büro sehr gern hilfreich zur Verfügung.

Diana Golze, MdB, DIE LINKE

Die Frage nach Ursachen

Nach 1990 beteiligte sich das neue Bildungssystem an der Demontage des bisherigen Geschichtsbildes. Das neue Leitbild war der „selbstbestimmte“ Mensch. Ein Leitbild, für das im Beitrittsgebiet mit seiner zerschlagenen Ökonomie, seiner Arbeitslosigkeit leider oft die Voraussetzungen fehlten und fehlen.

Wo sich ein solches Vakuum auftut, haben es Rattenfänger leicht, bei Jugendlichen, die Orientierung suchen, die ohnehin nun gestörten gesellschaftlichen Bindungen des Einzelnen weiter zu lockern und das eigene Ich in seiner „Selbstbestimmung“ auf die einfachsten Instinkte zurückzuführen.

Als ich mit Zustimmung von Dr. Gramlich 1995 als Beigeordneter die Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht aus Hamburg nach Potsdam ins Alte Rathaus holte, bekam ich wegen „Beschmutzung der Ehre deutscher Soldaten“ eine Anzahl Protestbriefe; mein Vater sei doch sicherlich auch Soldat gewesen.

Auch solche einseitige Erinnerungskultur ist Nährboden für Rechtsradikalismus. Und sie lebt häufig in den Familientraditionen und -geschichten fort.

Die antifaschistische Grundhaltung der DDR in Frage zu stellen, ist dummes Zeug. Und böswillig obendrein. Dass die DDR den Antifaschismus im Wesentlichen und lange nur an den Kommunisten fest gemacht hat, die nach den Juden tatsächlich die meisten Opfer gebracht haben, ist zwar historisch nicht ganz zutreffend gewesen, hat aber andererseits – außer für Kriegsverbrecher – als pauschale Entlastung für alle ehemaligen „Reichsdeutschen“ und nachmaligen DDR-Bürger gewirkt; eigene Familienmitglieder und ihre Verstrickungen in die Naziideologie zu befragen, hatte sich damit für die Öffentlichkeit erledigt. Die Frage nach den Ursachen einer ganz persönlichen Schuld vom eigenen Vater und Großvater wurde leider nie thematisiert. Unter sozialistischen Realitäten wäre das möglicherweise bedeutungslos geblieben; unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen kann es ebenfalls Nährboden für Rechtsradikalismus mit einem vermeintlich alternativen Gesellschaftsmodell sein.

Die Zuschauergespräche im Thalia, an denen ich teilnahm, stießen allerdings leider nie zu diesen Fragen vor.

Claus Dobberke

Der Schoß ist fruchtbar noch...

Der Potsdamer Regisseur CLAUS DOBBERKE zum 4. Tag des antifaschistischen Films

Um es vorweg zu sagen: Es ist dem VVN-BdA mit Unterstützung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und durch das Thalia-Theater zu danken für diesen filmischen „Denk-Tag“ zum 8. Mai. Das Programm zeigte Filme aus der heutigen bundesdeutschen Gegenwart. Mit einer Ausnahme, einer DEFA-Produktion aus dem Jahre 1987. Mein damals junger Regiekollege Michael Kann hatte mit seinem Debüt „Stielke, Heinz, fünfzehn“ seinerzeit viel Pech. Dieser Spielfilm über Heinz Stielke, überzeugter 15-jähriger HJ-Rottenführer, plötzlich als Halbjude „entlarvt“, und seine erfolgreichen Überlebens-Abenteuer in der Endzeit des Nazireiches, passten 1987 in ihrem neuen, etwas lockeren, aber sehr souveränen Erzählstil nicht in unsere oft unbewegliche DDR-Kulturpolitik mit ihrem starren Schema einer meist auf den kommunistischen Widerstand ausgerichteten Tradition des antifaschistischen DEFA-Films. Die Wende 1989 beendete den Film endgültig. Außer Carows „Paul und Paula“, „Solo Sunny“ und später – widerstrebend – den anderen Konrad-Wolf-Filmen hatte in der neuen Kulturpolitik (wenn man das überhaupt so nennen darf) kaum eine DEFA-Produktion Bestand.

Am 8. Mai 2012 feierte „Stielke“ im Thalia nun seine Auferstehung (Michael Kann sprach von einer zweiten Premiere!). Der Film könnte in seiner Machart heute noch den Weg durch die Kinos machen, nicht zuletzt wegen des frischen, erfrischend jugenhaft und naiv unbedarften Hauptdarstellers (der angekündigt, aber leider verhindert war) sowie der großartigen Kameraarbeit Günter Haubolds.

So befreiend positiv der „Denk-Tag“ mit Kanns Spielfilm auch zu Ende ging, so beunruhigt war ich über die dokumentaren Zeitzeugnisse aus der Gegenwart.

Falscher „Kameradschaftsgeist“

Da war der vielfach preisgekrönte Film „Kriegerin“ (u.a. Deutscher Filmpreis 2012, zwei Lolas) zu besichtigen, in dem es der 20-jährigen Marisa gelingt, aus einer gewalttätigen ostdeutsch-kleinstädtischen Neonaziclique auszusteigen.

Leider konnte ich den Film nicht sehen, da er fast zeitgleich mit der Gedenkveranstaltung am sowjetischen Ehrenmal gezeigt wurde. Allerdings kam dieses Thema, abgewandelt, in allen dokumentarischen Produktionen wieder.

Für mich als Dresdner, Jahrgang 1940, den Bombenangriff und das nächtliche Sirenengeheul seitdem unausgelöscht im Gedächtnis, ist es schon ein Problem

zu erleben, wie junge Menschen einem System nachlaufen, das so offensichtlich mit seiner Herrenmenschenideologie in den Untergang geführt hat.

Die Protagonistin in „Einfach mit dem Strom?“, eine Aussteigerin, war über die Liebe zu einem Jungen in die rechte Szene geraten. Sie hatte sich dort geborgen gefühlt. Sie lernte außer ihrem großen Gefühl etwas kennen, was sie vermisst hatte: Kameradschaft und Zuverlässigkeit: „Wenn ich ein Problem gehabt hätte und hätte nachts um drei jemanden angerufen, wäre der sofort gekommen“. Die Ideale und das geistige Geflecht, den Hintergrund dieses Zusammenhalts hatte sie nie nachgefragt. Erst die Zuneigung zu einem Jungen außerhalb der rechten Clique hat sie zur Aussteigerin gemacht. Ihr Gesicht zeigt sie im Film nie; angeblich, um ihre zukünftige Ausbildung nicht zu gefährden.

Junge Menschen ohne Zukunft

Der Uferlosigkeit, dem Entwurzelte sein in einer global vernetzten, auf Profit orientierten Welt begegnete ich auch in dem Film „Zur falschen Zeit am falschen Ort“ von Tamara Milosevic.

Hier erlebe ich ein Dorf in Agonie, anders kann ich das nicht nennen, auch wenn der Bürgermeister sich bemüht, den Ort Potzlow milder darzustellen. Es ist jener brandenburgische Ort, 450 Einwohner, in dem die damaligen Freunde auf dem Nachhauseweg von einer Sauftrübe den 17-jährige Marinus auf viehische Weise gefoltert, seinen Schädel zertrampelt und den Toten anschließend in einer Jauchegrube verscharrt hatten.

Matthias, der Protagonist dieses Films, hatte die Leiche seines Freundes Marinus ausgegraben. Er ist seitdem traumatisiert, stark depressiv, hat die Schule abgebrochen und verlässt sein Zimmer kaum. Die Eltern sind hilflos. Es ist ein großes Verdienst der Regisseurin, dass sie ihn vor der Kamera zum Reden bringen konnte.

Ein Treff für die Jugendlichen im Ort, von Erwachsenen organisiert, ist ohne sichtbare Programmatik. Es wird dort geblödel, getrunken und gehascht. Zeit totgeschlagen. Untergangsstimmung. Filmisch nüchtern erzählt und umso grauenhafter in der Wirkung. Menschen ohne Zukunft.

„Der gute Vater“ – ein Massenmörder

Das Auseinanderfallen von Idee und Realität hatte auch der großartige Re-

cherchefilm „Der gute Vater – eine Tochter klagt an“ zum Thema. „Als die heute über 60-jährige Westdeutsche Beate Niemann 1997 in der Stasi-Unterlagenbehörde mit der Spurensuche nach ihrem vermeintlich unschuldigen Vater begann, ahnte sie nicht, was auf sie zukommen würde. Angetrieben, das Schicksal ihres 1947 von der Abteilung K5 – dem späteren MfS – verhafteten Vaters aufzuklären, der 1949 einfach für tot erklärt worden war und 1972 unter ungeklärten Umständen im Strafvollzug der DDR verstarb, gelangte sie jedoch zu einer bitteren Erkenntnis. Ihre Erwartung, dass ihr geliebter Vater lediglich Mitwisser von NS-Machenschaften gewesen sei, wurde grausam enttäuscht. Bruno Sattler erwies sich anhand der Unterlagen als Massenmörder.“ (Foto)



Der Regisseur Yoash Tatars, mehrfacher Grimme-Preisträger, hat Beate Niemann auf ihren Recherchen begleitet und sie auf unglaubliche Weise für absolut überzeugendes Agieren vor der Kamera aufgeschlossen.

Defizite auch hier im „Osten“

Die Filme weisen auf Defizite hin, deren Ursachen im Osten viel tiefer liegen, als Gerichte uns glauben machen. Mit der Wende kam eine andere, fremde Kultur über die DDR-Bürger. Werte, in denen wir erzogen waren, taugten plötzlich nicht mehr. Die Kultur (und damit meine ich nicht nur die Kunst, sondern die Gesamtheit der sozialen, ökonomischen und politischen usw. Beziehungen sowie ihre ethischen Grundlagen) wurde abgelöst. Der gesellschaftliche Zusammenhalt zerfiel langsam, kahler Geschäftssinn ums Überleben war die Realität.

Dieser Prozess begann allerdings bereits in der DDR in dem Maße, in dem Idee und Wirklichkeit immer weniger übereinstimmten.

Die VVN-BdA und ihre Mitstreiter kann man nur ermutigen, ihre Aufklärungsarbeit fortzusetzen.

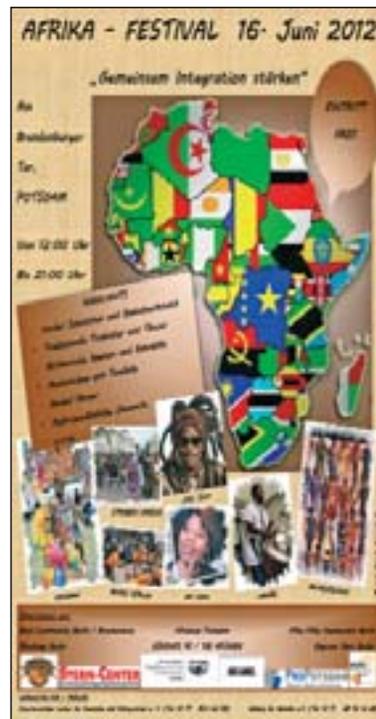
2. Afrika-Festival in Potsdam

Alle Potsdamer und ihre Besucher lädt der Verein ICDI e.V. sehr herzlich ein, den Afrika-Tag mit vielfältigem Bühnenprogramm, Gedichten, kulturellem Tanz, Kinderprogrammen und kulinarischen Köstlichkeiten u.v.m. am 16. Juni 2012, 12.00–21.00 Uhr, auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor zu besuchen. Der Gregory EggMan da Silva wird das diesjährige Afrika-Festival begleiten.

Wie bereits im vergangenen Jahr haben sich Vereine der Bürger aus unterschiedlichen afrikanischen Staaten zusammengeschlossen, um das 2. Afrika-Festival vom 15. Mai bis 17. Juni 2012 in der Landeshauptstadt Potsdam zu organisieren. Die geplanten zahlreichen Veranstaltungen werden in verschiedenen Potsdamer Stadtteilen stattfinden. Als Höhepunkt dieses Monats findet am 16. Juni 2012 am Brandenburger Tor ein Afrika-Tag statt, bei dem ein Bühnenprogramm mit Sketchen, Gedichten, Kinderprogramm etc. präsentiert werden.

Die Potsdamer und Brandenburger afrikanischer Herkunft möchten aus eigener Kraft schaffen, die afrikanische Kultur und Traditionen bei diesen geplanten Aktivitäten vertrauter zu machen und näher zu bringen sowie die Achtung und Toleranz vor dem Anderen zu stärken. Das Afrika-Festival soll bei Potsdamerinnen und Potsdamern das Interesse für die Vielfalt der Kulturen des Kontinents Afrika wecken und entwickeln. Die Potsdamer afrikanische Community zeigt durch die Vorbereitung des Festivals ihre feste Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft. Diese engagierte Arbeit wird durch die Besucher der Veranstaltungen sicher Anerkennung finden. Für Zuwanderer ist Heimat da, wo sie sich wohl fühlen und ein menschenwürdiges Leben führen können. Die Black Community ist ein lebendes Beispiel des Neuen Potsdamer Toleranzedikts und der Partizipation der Migrantinnen und Migranten in Potsdam.

Dr. Joachim Kliemann, ICDI e.V.



Posse ums Haus Dietz oder warum der Schwanz nicht mit dem Hund wedelt

Die aktuellen Ereignisse in der dauernden Geschichte des Hauses Dietz in Potsdam gäben mal wieder einen Grund, über politische und verwaltungstechnische Interaktionen in Potsdam zu schmünzeln, wenn das Thema nicht so traurig wäre. Wie am 10. Mai bekannt wurde, hat die Potsdamer Bauverwaltung am 03. Mai 2012 die Baugenehmigung für einen mehrgeschossigen Wohnriegel auf dem Grundstück des jetzt noch stehenden Hauses Dietz erteilt. Natürlich ist außerdem bekannt, dass Herr Jakobs erst am 09. Mai 2012 eine Antwort des Landes zwecks einer stadtparlamentarisch beschlossenen Anfrage zur Unter-Schutz-Stellung des Hauses erhalten hat. Gelesen hat er die Antwort bis Redaktionsschluss am 09. Mai scheinbar nicht. Damit drängt sich mal wieder die Frage auf, wie Entscheidungen in Potsdam getroffen werden, welchen Einfluss der OB auf seine Verwaltung hat.

Somit steht einem verwaltungsbeschlossenen Abriss des unter Nicht-Denkmalstatus stehenden Architektenhauses leider nur noch der Auszug des Hausnutzers und Ex-Eigentümers im Wege, obwohl sich eine wirklich breite Mehrheit von Bürgern bis zur Brandenburgischen Architektenkammer für den Erhalt des Hauses ausspricht. Der Ortsverband Potsdamer Mitte der Partei die LINKE fordert Herrn Jakobs auf, konkret Position zu diesem Thema zu beziehen und sich nicht von seiner Bauverwaltung sein Agieren diktieren zu lassen!

*Leon Lenk,
Ortsverband
Potsdamer Mitte*

Verfassungsschutz! Verfassungsrisiko?

Unter diesem Titel hielt Friedrich Burschel am 22.05.2012 ein Referat zum Thema „Systemfehler Verfassungsschutz“ im Archiv in Potsdam. Nahezu 70 Teilnehmer_innen hörten und diskutierten den Vortrag des Referenten für politische Bildung der RLS mit dem Spezialgebiet Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit aus Berlin. Burschel begann seine Ausführungen mit einem Exkurs in die Entwicklungsgeschichte des VS. Der 1950 gegründete Inlandsgeheimdienst wurde unter Federführung der damaligen Regierung als „Bollwerk gegen den Kommunismus“ in der BRD organisiert. Dafür war den damaligen Machthabern im Zweifelsfall auch der Pakt mit „Teufels Großmutter“ recht, welcher sich durch personellen Einsatz im VS-Dienst realisierte. Richard Gerken, ehemals SS-Hauptsturmbannführer unter Himmler, Albert Radtke, einst im Oberkommando der Wehrmacht und Mitglied der Gestapo, oder Erich Wenger, ehemals als SS Hauptsturmführer in der Leibstandarte Hitlers, um nur einige zu nennen. Sie und andere wurden in staatliche Dienste gestellt. Wie sich das dann äußerte und dies scheinbar Traditionslinien in das gegenwärtige Selbstverständnis des VS grub, ist beschämende, historische Realität geworden. Tausenden politisch links denkenden Menschen wurde der Zugang zum öffentlichen Dienst in der BRD ver-

wehrt. Politisch Andersdenkende wurden verfolgt, beobachtet und erniedrigt. Dabei steht es offensichtlich dem VS frei, seine Methoden und Aktionen außerhalb des allgemeinen rechtlichen Rahmens zu interpretieren. Dies, so Burschel, wird in der ganzen über 70-jährigen Wirkungszeit des VS begleitet von der Verharmlosung, Leugnung, Verschleierung bis hin zur mindestens Mitwisserschaft von rechts motivierten Straftaten. Burschel führt dies anhand vieler Beispiele bis hin zur Ermordung von Migranten durch die NSU in der Gegenwart aus. Unter der jetzigen schwarz/gelben Regierung konnte der VS seine Aktivitäten intensivieren und ausbauen. Einen Meilenstein dafür setzte die von Familienministerin Schröder eingeführte „Extremismus-Klausel“, welche Vereine und Institutionen, die von der öffentlichen Hand abhängig sind, zwingt, sich grundsätzlich von jeglicher Form des „Extremismus“ und „Demokratiefeindlichen Denkens“ zu distanzieren. Die Deutungshoheit, wie Extremismus sich äußert und wo Demokratiefeindlichkeit anfängt, liegt dabei immer mehr in Händen der Interpretation des VS. Der jährlich erscheinende Bericht des VS nennt „verdächtige“ Institutionen. Institutionen, die im VS-Bericht genannt werden, verlieren inzwischen automatisch ihren Status als „gemeinnützige“ Organisation. Dies bedeutet für einzelne Projekte den

unmittelbaren Entzug von Fördermitteln, wie beispielsweise jüngst dem a.i.d.a Projekt in München widerfahren. Seit einiger Zeit beschäftigt der VS in diesem Sinne zunehmend Wissenschaftler, welche Bücher zum Thema Extremismus veröffentlichen, in denen klar die so genannte „neue rechte“ Denk- und Deutungsweise zum Ausdruck kommt. Gefördert werden diese Publikationen vom Bundesministerium Schröders. Auf Grundlage dieser Publikationen werden Mitarbeiter des VS gegenwärtig in Schulen entsandt, um dort zum Thema Demokratie und politische Willensbildung zu referieren. Friedrich Burschel kritisiert scharf das fehlende Aufbegehren von Schulen, Lehrern, Eltern und Schülern gegen das direkte Eingreifen des VS in die politische Willensbildung. Damit überschreitet der VS deutlich seine im BVerfSchG §3 festgeschriebenen Aufgabenbereiche und wird politisches Instrument. Ein Instrument, das die „Gefahr von links“ fokussiert, die „Gefahr von rechts“ verharmlost und neuerdings auch religiöse, nichtchristliche Organisationen in den Blick nimmt.

Ein Artikel zum Vortrag von Friedrich Burschel ist im Buch „Made in Thüringen? – Nazi-Terror und Verfassungsschutzskandal“, herausgegeben von Bodo Ramelow, beim VSA Verlag erschienen und über die RLS erhältlich.

Matthias Lack, Kreisvorstand Potsdam

Brandenburgische Seniorenwoche will mit „Alten-Klischee“ aufräumen

In diesem Jahr präsentieren sich Teilnehmer der Brandenburgischen Seniorenwoche 2012 unter dem Motto „Alt werden in Brandenburg - aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“ vom 17. bis 24. Juni im Zeichen des Miteinanders der Generationen. Auch die AG Senioren der LINKEN ist wieder aktiv dabei. Ziel ist es vor allem, ein reales Bild heutiger Senioren widerzuspiegeln, das ältere Menschen so engagiert und lebenszugewandt zeigt, wie sie im Alltag als wichtiger Bestandteil ihrer Familien und des gesellschaftlichen Lebens tatsächlich agieren.

In Potsdam wird die Seniorenwoche am 18. Juni 15.30 Uhr mit einem Konzert im Nikolausaal feierlich eröffnet. Ab diesem Tag organisieren die Akteure dann täglich Veranstaltungen an verschiede-



Tradition ist u. a. ein Start mit buntem Programm im Stern-Center (Foto von 2011).

nen Orten in der Stadt, darunter auch interessante seniorenpolitische Talkrunden mit Politikern wie am 21. Juni in der Waldstadt oder am 22. Juni in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität Auf dem Kiewitt. Das komplette Programm gibt es beim Seniorenbeirat der Stadt sowie in Seniorenbegegnungsstätten. Sowohl zur Eröffnung als auch zum Abschlusskonzert am 24. Juni in der Peter-und-Pauls-Kirche sind interessierte Besucher willkommen. -ed

Sudoku

	4	3		8		5	1	
7	8						6	2
				7				
1		5	4		7	6		9
2		7	8		6	1		3
				6				
8	1						3	4
	2	9		3		8	7	

9	8	0	2	4	1	5	3	7
7	5	1	3	8	0	8	2	4
4	2	3	7	5	8	0	1	6
1	6	7	9	8	5	3	4	2
5	3	2	6	7	4	1	0	5
5	9	4	1	2	3	7	6	8
2	4	0	8	3	7	0	5	1
3	7	5	4	1	6	2	0	9
6	1	0	5	9	2	4	7	3

Auflösung Mai

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

Donnerstag, 07.06.2012, 18.00 Uhr: Diskussion/Vortrag „Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands - Erfahrungen, Defizite, Herausforderungen“ **

Freitag, 08.06.2012, ab 10.00 Uhr: Informationsveranstaltung im Stern-Center über seniorengerechte Angebote für Pflege, Freizeit etc.. Es findet ganztägig ein vielfältiges Bühnenprogramm von 10 - 20 Uhr statt. Die 47 Stände sind bis 21 Uhr geöffnet.

Sonntag, 10.06.2012, 10.00 Uhr: Frühschoppen „Rathausreport live“, Café Staudenhof, Am Alten Markt 10,

Dienstag, 12.06.2012, 14.30 Uhr: Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schлом aus Zentrum-Ost. *

Dienstag, 12.06.2012: Beitrag zur Seniorenwoche 2012 „Migranten in unserer Stadt“ - Ein Gespräch mit einem Vertreter des Migrantenbeirats der Stadt Potsdam. Ort: Alleestraße 3.

Dienstag, 12.06.2012: Finanzpolitisches Gespräch mit der Staatssekretärin Daniela Trochowski. In der Geschäftsstelle der LINKEN in der Dortustraße 53, Atrium, können Sie mit der Staatssekretärin und dem Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Scharfenberg über die aktuelle Haushaltssituation des Landes und der kreisfreien Stadt Potsdam diskutieren.

Dienstag, 12.06.2012, 18.00 Uhr, Universität Potsdam, Potsdam – Film Sowjetische Avantgarde „Erde“ (1930). Vortragsreihe mit Filmvorführung. **

Donnerstag, 14.06.2012, 18.00 Uhr: Reihe: „DIE LINKE trifft ... DKP“. Die DKP versteht sich als politische Kraft links von der LINKEN. Hier soll also Gemeinsames und Trennendes erörtert werden.

Donnerstag, 14.06.2012, 15.00 Uhr: Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte, Potsdam - Tagung / Konferenz Unrechtsstaat DDR? Sichtweisen in europäischen Nachbarländern. **

Freitag, 15.06.2012, 08.00 – 12.00 Uhr: Ausgabe: Rathausreport Nr. 5/2012, Stadthaus, Raum 3.107

Freitag, 15.06.2012, ab 14.30 Uhr: Infostände in den Stadtteilen

Sonabend, 16.06.2012, ab 09.30 Uhr: Infostände in den Stadtteilen

Sonntag, 17. bis Sonntag, 24.06.2012: Brandenburgische Seniorenwoche

Montag, 18.06.2012, 14.30 Uhr: „Eine Kreuzfahrt von Südamerika zurück nach Europa“, Teil 6, mit Karl Kreuzt. *

Dienstag, 19.06.2012, 18.00 Uhr: Diskussion/Vortrag „Eine Welt ohne Kernwaffen – reales Ziel oder Illusion?“ **

Dienstag, 19.06.2012, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag zum Sommeranfang“ mit Manfred Bischoff. *

Donnerstag, 21.06.2012 18.00 Uhr: ANTIFASCHISMUS / ERINNERUNGSPOLITIK | Buchvorstellung „Der Mantel der Geschichte und andere deutsche Denkwürdigkeiten“ **

Montag, 25.06.2012, 18.00 Uhr, Diskussion / Vortrag - Sie wollen die anhaltende Multikrise verstehen? Aber nicht mit den deutschen Massenmedien. **

Dienstag, 26.06.2012, 14.30 Uhr: Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schлом aus Zentrum-Ost. *

Dienstag, 26.06.2012, 18.00 Uhr: Universität Potsdam, Potsdam. Film Sowjetische Avantgarde „Oktober“ (1928). Vortragsreihe mit Filmvorführung **

* Seniorenfreizeitstätte der Dahlweid Stiftung Edisonallee 11, 14473 Potsdam
** Rosa Luxemburg Stiftung, Dortustr. 53

„Ja zum Alter!“

Potsdamer Senioren besuchten 10. Deutschen Seniorentag 2012 in Hamburg

Der 10. Deutsche Seniorentag stand unter dem Motto: „Ja zum Alter!“ Vierzehn Potsdamer SeniorInnen nutzten am 04.05. die Möglichkeit, für einen Tag in Hamburg dabei zu sein.

Das Programm vom 03.05.0 – 05.05.12 war prall gefüllt mit Podiumsdiskussionen zu seniorenpolitischen Fragen, Talkrunden mit Politikern, Schauspielern, Journalisten sowie Vertretern einzelner Wohlfahrtsorganisationen. Das CongressCenter Hamburg bot beste Voraussetzungen für alle Veranstaltungen und in den Messehallen präsentierten sich ca. 265 Stände mit Angeboten für ältere Bürger auf der Messe SenNova.

Der Verband der Volkssolidarität war in mehreren Diskussionsrunden durch den Präsidenten Prof. Winkler, den Bundesgeschäftsführer Herrn Riethausen sowie Tilo Gräser, Pressereferent der VS vertreten. Die Potsdamer Senioren besuchten die Themenschwerpunkte: Alter und Armut, Gestaltung des demografischen Wandels – Wohnformen im Alter, Freiwilliges Engagement Älterer zwischen Selbstbestimmung und Verpflichtung, Alter in sozialer Sicherheit – flexible Übergänge in den Ruhestand statt Rente mit 67.

Das Publikum der Diskussionsrunden bot eine bunte Mischung von Teilnehmern aus allen Bundesländern und hier wurde deutlich, dass die unterschiedliche Sozialisation der Menschen zu verschiedenen Sichten, Möglichkeiten der Teilhabe und Verhaltensweisen führt.

Wenn z.B. die bundesdeutsche Hausfrau im Seniorenalter gern ein Ehrenamt

übernimmt, um sich endlich selbst zu verwirklichen, dann steht die Seniorin aus Potsdam nach 40 Jahren Vollzeitbeschäftigung und paralleler Kindererziehung diesem Thema etwas verhaltener gegenüber. Aber auch sie engagiert sich im Ehrenamt und zwar ohne Entgelt. Beim Thema Wohnen waren sich alle einig, dass im Alter eine Fülle von Möglichkeiten neuer Wohnformen wünschenswert ist, aber nicht jeder Rentner kann sich diese leisten. Einen spektakulären Lösungsansatz bot eine Dame aus Erfurt an: Man könne doch einen größeren Teil der Steuereinnahmen aus der Rentenbesteuerung für sozialen Wohnungsbau verwenden, um so die Mieten bezahlbar zu halten. Na, das war doch mal ein Vorschlag! Ob er bei Frau Merkel auf offene Ohren traf, wissen wir nicht, sie erschien entgegen der ursprünglichen Programmtafel erst um 16.00 Uhr, und da mussten wir unsere Heimreise antreten.

Unser Fazit: Ein erlebnisreicher und anstrengender Tag, der die richtigen Probleme thematisierte. Ihre Lösung gilt es auf den Weg zu bringen, und zwar durch die konkrete Mitwirkung der Senioren selbst, die ihre eigene Lobby sein und gegenüber der Politik nachdrücklich auf notwendige Veränderungen drängen müssen.

Vielleicht sind ja in 4 Jahren, beim nächsten Seniorentag, mehr Potsdamer dabei, die sich aktiv einmischen.

Gabriele Herzel
Vorsitzende Stadtverband VS
Mitglied der Fraktion Die Linke SVV